

NACHRICHTEN

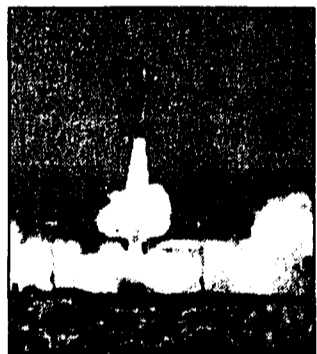
900 Bauern geben Belagerung auf

RIO DE JANEIRO: In Brasilien haben rund 900 landlose Bauern eine Belagerung der Farm von Staatspräsident Fernando Henrique Cardoso nach drei Tagen aufgegeben. Die Bauern brachen ihre Zelte vor den Toren des Landguts in Buri-tis im zentralen Staat Minas Gerais am Donnerstag friedlich ab und schlugen ein neues Lager in zehn Kilometer Entfernung auf, berichteten Medien.

Einwanderung als FPÖ-Wahlkampfthema

WIEN: Die rechtspopulistische FPÖ will die Ausländerpolitik zum zentralen Thema des Wahlkampfes bei den Wiener Gemeinderatswahlen im nächsten Jahr machen. Das Motto heisst «Integration vor Neuzuzug». Es müsse «zunächst einen Zuwanderungsstopp auf Null geben», sagte der FPÖ-Fraktionschef im österreichischen Parlament, Peter Westenthaler, in einem Interview mit der Tageszeitung «Der Standard» in Wien. Die vorrangige Aufgabe sei die Integration der bereits in Wien lebenden Ausländer, nicht der Zuzug neuer Einwanderer. Der FPÖ-Fraktionschef erklärte weiter, bei der Zuweisung von Sozialwohnungen sollten Österreicher absoluten Vorrang haben.

Israel testet erfolgreich «Arrow»-Rakete



TEL AVIV: Die israelische Armee hat erstmals eine anti-ballistische «Arrow»-Rakete im Einsatz gegen eine echte Rakete erfolgreich getestet. Dies teilte das Verteidigungsministerium gestern in Tel Aviv mit. Alle Anforderungen an die Abwehr-Rakete seien erfüllt und das Ziel zerstört worden, hies es. Ein israelisches Rüstungsunternehmen hatte extra für den Versuch eine Rakete entwickelt, die eine einfliegende ballistische Rakete vom Typ «Scud» simulieren sollte.

Razzia in Dänemark gegen Kinderpornografie

KOPENHAGEN: Die dänische Polizei hat am Donnerstag bei einer landesweiten Razzia in 37 Wohnungen zahlreiche pornografische Bilder von Kindern sicher gestellt. Wie ein Fahndungssprecher in Odense mitteilte, wurde die Aktion nach der Verhaftung eines Mannes im Mai möglich. Danach hätten die Behörden Kenntnis von etwa 350 E-Mail-Adressen erhalten.

Politiker im Kosovo mit Eiern beworfen

Angriff galt dem oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Vojislav Kostunica

KOSOVSKA: Anhänger von Slobodan Milosevic haben den Herausforderer des jugoslawischen Präsidenten bei einer Wahlkampfveranstaltung im Kosovo mit Eiern und Tomaten beworfen. Der Kandidat der Opposition, Vojislav Kostunica, versuchte am Donnerstag mehrfach vergeblich, eine Rede zu halten. Sicherheitsleute schützten ihn vor den Angriffen und führten ihn schliesslich von der Bühne. Die Anhänger Milosevics griffen daraufhin Kostunicas Konvoi an und zerstörten Autoscheiben. «Milosevic hat euch das ange-tan. Gott wird euch vergeben, aber er wird ihm nicht vergeben», sagte Kostunica zu seinen Angreifern. Kostunica ist zurzeit auf Wahlkampftour durch das Kosovo. Es war der erste Besuch eines Kandidaten für das Präsidentenamt im Kosovo. Milosevic hat erklärt, er wolle ebenfalls in die Provinz reisen; die NATO will ihn in diesem Fall festnehmen und vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag stellen.



Abu Sayyaf droht mit Terroranschlägen

Regierung soll nicht militärisch eingreifen

MANILA: Die Moslemorganisation Abu Sayyaf hat für den Fall eines militärischen Eingreifens der Regierung mit Terroranschlägen gedroht.

Die Regierung solle sich gut überlegen, ob sie die verbliebenen 19 Geiseln mit Gewalt befreien wolle, erklärte Rebellen-sprecher Abu Sabaya am Donnerstag. In dem Fall werde er den Kampf in die Städte tragen. Die Behörden hatten nach der neuesten Entführung von drei Malaysiern von einer malaysischen Ferieninsel eine militärische Lösung der Krise nicht ausgeschlossen. Libyen sagte un-terdessen zu, sich weiter um die Freilassung der Geiseln zu bemühen. Sabaya erklärte, er habe Kämpfer in den südlichen Städten Zamboanga, Davao und General Santos postiert, die für Unruhe sorgen könnten. Er erinnerte die Behörden an den Überfall der Abu Sayyaf auf die

Stadt Ipil vor fünf Jahren. Damsals hatten etwa 200 Mitglieder der Gruppe in der Stadt südlich von Zamboanga randaliert, Gebäude in Brand gesteckt und 53 Menschen getötet.

Der nationale Sicherheitsberater Alexander Aguirre erklärte, die Regierung erwäge eine Nachrichtensperre zur weiteren Vorgehensweise im Geiseldrama. Die Regierung solle allgemeine Informationen zur Lage auf der Insel Jolo freigeben, Einzelheiten jedoch geheim halten, um Operationen nicht zu gefährden. Die Entführer hatten zunächst zugesagt, während der Verhandlungen mit den Unterhändlern der Regierung keine weiteren Geiseln zu nehmen, dann aber doch die drei Malay-sier gefangen genommen. Regierung und Behörden zeigten sich darüber verärgert. Während eines Kabinettsstreffens am Mittwoch unter Vorsitz von Präsident Joseph Estrada beschloss

die Regierung, vorläufig keine härteren Massnahmen gegen die Abu Sayyaf zu ergreifen.

Die Abu Sayyaf hält noch einen Philippiner, zwei französische Journalisten, einen Amerikaner und zwölf philippinische Prediger fest. Die Gespräche mit den Entführern waren abgebrochen worden, nachdem es unter den Splittergruppen der Abu Sayyaf zu Streits über die Verteilung des Lösegelds gekommen war. Die Geiselnahmer erhielten insgesamt 15 Millionen Dollar, zwei Drittel davon stammten aus Libyen.

Der deutsche Botschaftsminister Joschka Fischer erklärte am Rande der UN-Vollversammlung am Mittwoch, Libyen habe eine weitere Vermittlung zugesagt. Fischer hatte sich in der Nacht zum Mittwoch persönlich in Tripolis für die Vermittlung Libyens bei der Freilassung der Familie Wallert aus Göttingen bedankt.

Erstes Fernsehduell von Hillary Clinton



WASHINGTON: Im Rennen um einen Senatssitz des Staates New York haben sich die amerikanische First Lady Hillary Clinton und ihr republikanischer Rivale Rick Lazio am Mittwoch ihr erstes Fernsehduell geliefert. In der Debatte, die in Buffalo aufgeführt wurde, warf die Frau von Präsident Bill Clinton ihrem Kontrahenten vor, zu konservativ zu sein, um den Staat New York vertreten zu können. Auf die Frage, ob sie

sich im Zusammenhang mit der Lewinsky-Affäre für die Aussage entschuldigen wolle, ihr Mann sei das Opfer einer «rechtsextremistischen Verschwörung», antwortete sie: «Ich habe niemanden in die Irre geführt. Ich wusste alle Wahrheit nicht, und das alles ist sehr schmerzhaft.» Lazio hielt Hillary Clinton entgegen, sie suche die Schuld immer nur bei den anderen. Zwei weitere Fernsehdebatten sind geplant.

Neonazi-Organisation «Blood and Honour» verboten

30 Durchsuchungen in Deutschland – Konten beschlagnahmt

BERLIN: Die neonazistische Organisation «Blood and Honour Division Deutschland» und deren Jugendorganisation «White Youth» sind seit Donnerstag verboten.

Wie Bundesinnenminister Otto Schily erklärte, richten sich die Ziele der in der Bundesrepublik 300 Mitglieder zählenden Organisationen gegen die verfassungsmässige Ordnung und die Völkerverständigung. Deutschland sei das erste Land, das diese international agierende Organisation auf diese Art bekämpfe. Das Vorgehen werde seine Wir-

kung «auf die rechtsextremistische Szene nicht verfehlen».

Schily betonte vor der Presse, die aktuelle Massnahme sei nicht als eine Alternative zu dem in der Öffentlichkeit diskutierten NPD-Verbot zu sehen. Dieses Thema werde auf einer anderen politischen Ebene erörtert.

Über das Verbot von «Blood and Honour» seien unterdessen auch andere Staaten unterrichtet worden, in denen es ebenfalls derartige Gruppen gebe.

Die neonazistische orientierte «Blood and Honour»-Bewegung trat in der Bundesrepublik vor-

allem als Konzertveranstalter auf. Solche Veranstaltungen mit in der Vergangenheit bis zu 2.000 jungen Besuchern dürften nicht mehr stattfinden, erklärte Schily. Bei der bisherigen Durchsuchung von 30 Objekten der Organisation habe man Propagandamaterial sowie Sparbücher «mit fünfstelligen Beträgen» beschlagnahmt, berichtete der Minister. Genaue Geldbeträge wollte er nicht nennen. Nun werde die Einhaltung des Verbots streng überwacht. Mögliche Ersatzorganisationen mit gleichen Zielen würden unnachgiebig verfolgt. «Blood and Ho-



Website der Organisation.

nour» wurde Mitte der 80er-Jahre von dem 1993 verstorbenen britischen Sänger Ian Stuart Donaldson gegründet. Er gehörte der britischen neonazistischen Skinhead-Band «Skrewdriver» an. So genannte Divisionen der Organisation existieren nach Angaben des Bundesverfassungsschutzes in verschiedenen Ländern, darunter auch in Frankreich, den USA, Südafrika und Australien. In Deutschland wurden seit 1994 fast im gesamten Bundesgebiet «Sektionen» gegründet. Ihnen gehören jeweils nicht mehr als rund 30 Personen an.